

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Dreihundertfünfzig
Tageblatt Riesa.
General Nr. 22.
Schrift Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtskanzlei sowie beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherweise bestimmte Blatt.

Botschaftenamt:
Dresden 1500.
Straße:
Riesa Nr. 52.

Nr. 278.

Sonnabend, 30. November 1929, abends.

82. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Sonntagspreis, gegen Vorabzahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Guptell-gebühre. Für den Fall des Eintretens von Produktionsstörungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preisverhöhung und Nachförderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabedates sind bis 9 Uhr vormittags auszugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewöhnung des Schreitens an bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für bis 20 mm breite, 3 mm hohe Druckschriften (Schrift) 25 Gold-Pfennige; bis 30 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; Zeitungs- und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Einmaliges Recht erlischt, wenn der Betrag verfehlt, durch Strafe eingezogen werden muss oder der Auftraggeber in Konkurs geht. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Nichttägige Unterhaltungsbeiträge — hat der Besiedler keinen Anspruch auf Sicherung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Abonnement und Vertrag: Sanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenstell: Wilhelm Dittich, Riesa.

Die Reichstagsansprache über das Freiheitsgesetz.

Die erste Rede des neuen Außenministers. — Die Begründung des Freiheitsgesetzes durch Dr. Oberfohran (Otbl.).

v. Berlin, 29. November, 2 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht als einziger Gegenstand die erste Ansprache des aus dem Volksbegehrten hervorgegangenen

Gesetzes

gegen die Verflößung des deutschen Volkes

in Verbindung mit Anträgen der Deutschen Nationalen und Nationalsozialistischen Partei, die für den Volksentscheid einen anderen Termin als den 22. Dezember verlangen. Die Beratung wird eingeleitet durch eine

Rede des Reichsaßenministers Dr. Curtius.

Die Reichsregierung, so führt der Minister aus, fordert und erwirkt die Ablehnung des aus dem Volksbegehrten hervorgegangenen Gesetzes (Beifall). Die Regierung ist auch aus außen- und innenpolitischen Gründen nicht in der Lage, den Termin für den Volksentscheid später als auf den 22. Dezember festzulegen (Beifall).

Ich habe es übernommen, den Standpunkt der Regierung hier zu vertreten, damit nicht drohen der Eindruck entsteht, als handele es sich um einen Kampf Hugenberg gegen Seesing, als handele es sich um eine antimilitaristische Aktion. Die mit dem Volksbegehrten unternommene Aktion ist geeignet, die verflößungsfähige Ordnung und Trennung der politischen Gewalten des Reiches völlig zu zerstören; sie richtet sich gegen die Staatsautorität als solche. Ich habe die vom Amtsvoigänger Dr. Stresemann geführte Außenpolitik übernommen und will sie fortführen. Das Volksbegehrten hat sich auf einer offensichtlichen Unrechtmäßigkeit auf (Lebh. Beifall b. d. Mehrheit). Es wird damit die falsche Meinung verbreitet, als sei die deutsche Außenpolitik bisher auf Anerkennung der Behauptung von Deutschlands Kriegsschuld aufgebaut gewesen. Tatsächlich hat die deutsche Reichsregierung wiederholt mit aller Entschiedenheit die Kriegsschuldfrage stets geklärt und gewiesen. Das Volksbegehrten wider spricht zwar nicht den formalen Bestimmungen, aber dem Geist und Inhalt der Reichsverfassung. Es zeugt von geistiger Primitivität und von politischer Verantwortungslosigkeit, wenn man die Außenpolitik durch Plebiszit entscheiden lassen will. Die Verlegung solcher Entscheidungen in die Massen ist die Abdankung des Führer-gebedankens (Lebh. Beifall).

Der Minister geht dann auf die Ausführungen des Abg. Dr. Hugenberg auf dem Kassel Deutschen Nationalen Parteitag ein und richtet an Hugenberg zehn Fragen:

1. Nach § 2 des vorliegenden Gesetzes, so erklärt er, hat die Reichsregierung auf die Außerkräftigung der Kriegsschuld- und Sanktionsartikel des Versailler Vertrages und die bedingungslose Räumung des besetzten Gebiete hinzuwirken. Haben Sie, so frage ich Herrn Hugenberg, einen Operationsbefehl zu diesem Stappel befürwortet und wollen Sie nicht auch diesen der Reichsregierung für Ihren Frontkampf zur Verfügung stellen?

2. Welche Gewähr haben Sie für Ihre in Kassel ge machte Feststellung, daß nach der Ablehnung des Youngplans die Gläubigermächte bereit wären, im nächsten Jahre neue Verhandlungen einzutreten?

3. Wenn Sie, wie bisher, alles auf die Damaskuskrie einstellen, haben Sie eine Vorstellung von deren Eintreten und vom Verlauf der Kriege und haben Sie eine Sicherheit dafür, daß wir am Ende weniger als nach dem Youngplan zu übernehmen haben?

4. Sie malen die Gefahr einer neuen Währungszerstörung an die Wand, wie das in früherer Weise eine gewisse Presse von Zeit zu Zeit wiederholt. Wissen Sie nicht, daß mit der Unabhängigkeit der Reichsbank absolute Gewähr für die Freiheit der Währung gegeben ist und daß die Reichsbank wiederholt die Probe daran bestanden hat?

5. Sie werden nach Ihren Kasseler Richtlinien eine auswärtige Politik der gegenwärtigen Ausbildung der Kriegsschulden treiben und erwarten, daß alle Staaten auf diesen Weg gedrängt werden, sobald Sie ihn durch Ihre Politik erhöhen. Wollen Sie uns verraten, welche politischen Schritte Sie bei Eröffnung dieses Weges im Auge haben?

6. Woher schöpfen Sie die Sicherheit, daß auch die Vereinigten Staaten sich diesem Weg anschließen werden? Sollte Ihr Brief vom März 1929 die Vereinigten Staaten zur Schuldentlastung bereit gemacht haben?

7. Sie wollen die politische Zusammenarbeit in Deutschland durch ein Programm großer politischer Arbeit einleiten. Sind Sie endlich bereit ein solches nicht aus Schlagworten bestehendes umfassendes Programm vorzulegen?

8. Solange der Youngplan über uns lastet, soll es nach Ihnen keine Ordnung in Deutschland, kein gesundes Familienleben, keine Steuererleichterung usw. geben. Wollen Sie uns den Schlüssel zeigen, der nach Abhebung des Youngplanes den Weg zu all den Gütern des Daseins eröffnet?

9. Sie lehnen es ab, nach Annahme des Youngplanes mit anderen ausnehmenden Parteien zusammenzutreffen.

Da die bürgerlichen Parteien der Regierungskoalition rundweg jede Koalition mit Ihnen ablehnen, wollen Sie uns die politischen Kräfte weisen, mit denen Sie Ihre Ziele in Zukunft verwirklichen wollen?

10. Ist es zu begreifen, daß Sie trotz allem an einer Politik festhalten wollen, die unter Mißachtung aller politischen Realitäten sich in Beschränkungen vom grünen Tisch er schöpft, die sich in unverhinderbarer Kritik verzehrt, vernieinend und verlegend das Volk verhegt, die eigene Partei in Hoffnunglose Isolierung hineinmarschiert, und wenn sie zum Durchbruch käme, die mühsam erklämpfte Stellung Deutschlands auf das Schwert gefährdet müsste?

Hugenberg habe aus der Clappe Befehle an die in der Kampffront stehende Reichsregierung erlassen wollen (Lebh. Zustimmung). Der Spiegel der Demagogie sei der § 4, der die Rechte der bisherigen Außenpolitik gewissermaßen durch ein Revolutionärturial ins Buchhaus schicken werde.

Die Männer, die unter größten Schwierigkeiten für die Befreiung Deutschlands gearbeitet haben, diese Männer mit dem Vorwurf des Landesvertrags zu belügen, daß habe der Reichsaußenminister der Deutschen Volkspartei als eine Insammlung bezeichnet. (Schallende Zustimmung.)

Wir erwarten, daß die überwiegende Mehrheit des Deutschen Volkes mit der Reichsregierung gemeinsam die Politik des Friedens und der Verständigung fortführen will, die allein unser Volk wieder emportführen kann (Beifall).

Wenn wir die Vorlage des Volksbegehrten ablehnen, so darf das nicht so gedeutet werden, als seien wir vom Youngplan in allen Punkten bestreikt. Die Reichsregierung ist nicht blind gegen die Bauten, die verbleiben werden. Aber keine Neuenkünste werden die erheblichen Erleichterungen wegdiskutieren können. Vor allem wird die endliche vollständige Räumung des Rheinlandes erreicht. Es besteht kein Anlaß, Zweifel an der logischen Durchführung der Haager Abmachungen durch Frankreich zu haben. Wir wollen auf dieser Grundlage die Politik fortführen, die allein und uns den Weg zur Freiheit ebnen kann.

Zum Schluß betonte der Minister, daß die Saltung, mit der wir die Wege unserer Außenpolitik genommen seien, nicht die des demokratischen Begegnen waren. Deutschland habe durch die ehrenvolle Riedelde seine Tirol nicht verloren. Wir werden aufrecht und durchdringend, freuden in dem Glauben an unsere Zukunft, in der Überzeugung von der europäischen Mission, die gerade wir zu erfüllen haben. Das Deutsche Reich ist überwunden. Die Politik der Vergangenheit hat Deutschland auf eine Sacke gehoben, die vom Bildpunkt des Jahres 1923 hoch erscheinen mögliche. Nicht Stresemann und seine Mitarbeiter waren die eigentlichen Missionärs-politiker. Wo sie lachen, und kritisieren, zeigt mit Deutlichkeit das Volksbegehrten. Die Politik, die aus vorgesetzten wird, ist alles andere als heroisch, sie ist heroi-kritisch. Heroisch war das Leben und Wirken Stresemanns, der mit dem Tod getragen hat um den Preis der Befreiung. Heroismus liegt überhaupt nur im Handeln, nicht im Krisieren, in der Bejähung des Lebens, nicht in der Verzweiflung des Pessimismus.

Der Minister wurde häufig durch Zurufe und Gelächter auf die Rechten unterbrochen. Als er die zehn Fragen an Dr. Hugenberg richtete, erwiderte bei den Regierungsparteien kürzlich Beifall und Händeschütteln, häufig auch klärmisches Gelächter, worauf von den Rechten mit Zwischenrufen erwidert wurde. Am Schluß erhielt der Minister starker Beifall bei den Regierungsparteien.

Präsident: Wie ruft die nationalsozialistischen Abgeordneten Rennen, Böhme und Göbbels wegen beleidigender Zwischenrufe zur Ordnung.

Ein nationalsozialistischer Antrag auf Herbeiziehung des Verkehrsministers wegen der Verkürzung rheinischer Bahnen wird gegen die Nationalsozialisten und Deutschnationalen abgelehnt.

Abg. Eßer (Str.)

gab im Namen der Regierungsparteien eine Erklärung ab, in der er betonte, das Gesetz aus dem Volksbegehrten sollte die Ergebnisse der bisherigen deutschen Außenpolitik zerstören. Es verlange an Stelle einer Politik der Verhandlung und Verständigung eine Politik der Sabotage und Herausforderung und erweide die Illusion, daß Deutschland die Kriegsplatze durch bloßen Protest abwerfen, sowie das Rheinland und das Saargebiet sofort völlig befreien könnte.

Es wolle weiter die verantwortlichen Träger der Reichs- politik als gemeine Verbrecher wegen Landesverrats ins Buchhaus bringen. Damit würden nur die in harten Ringen erkämpften Ansprüche zu einem Aufstieg Deutschlands gehören. Schon heute habe die Aufwühlung des Volkes durch das Volksbegehrten und das Widerstehen des Auslandes die Wirtschaft schwer erschüttert.

Die Forderung, eine Fortsetzung der bisherigen Außenpolitik als Landesverrat zu brandmarken und die verantwortlichen Träger mit Buchhaus zu bedrohen, wirke im Volke als politische Brunnengewaltigung. Die Regie-

ringsparteien verwerfen mit größter Entschiedenheit den unmöglichen Versuch, pflichtmäßige Entschließungen in der Außenpolitik, die von beiden vaterländischen Wollen getragen seien, dem Urteil des Strafrichters zu unterstellen. Sowohl man damit die bisherige deutsche Außenpolitik und ihre Träger entziehen wolle, geben die Regierungsparteien einem solchen verhängnisvollen Treiben gegenüber ihrer Erziehung Ausdruck.

Wichtiglich erklärte der Redner, daß die in der Regierung vertretenen Parteien im Namen der Mehrheit des Reichstags und des deutschen Volkes den Entwurf in allen seinen Teilen ablehnen, und zwar aus der Überzeugung, daß er nicht aus Sklaverei zur Freiheit führe, sondern Deutschland von dem Wege zur Freiheit zurückwärts in neue Sklaverei und Ohnmacht. Mit Sicherheit werde man dagegen der deutschen Freiheit einen entscheidenden Schritt nähernkommen, wenn die schwebenden Verhandlungen in bedeckter Verteidigung deutscher Interessen, aber auch im Sinne der Verständigung und Zusammenarbeit zum Abschluß gebracht würden. (Beifall b. d. Regierungsparteien.)

Der Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Dr. (Stürmische Rufe aus den Regierungsparteien: Hugenberg! Hugenberg!) Das Wort hat Herr Abg. Dr. Oberfohran.

Abg. Dr. Oberfohran (Otbl.)

— zunächst durch die Kurze aus dem Hause am Sprechen verhindert — führt u. a. aus: Ich werde mir gestatten, als Vertreter des „urteilsunfähigen Volkes“ die Meinung der Millionen zu vertreten, die hinter dem Volksbegehrten stehen. Nicht nur eine Unmenge von Arbeit und Geld, sondern auch eine Unmenge demagogischer Kräfte sind von der Gegenseite gegen das Volksbegehrten ins Feld geführt worden. In den Ausführungen des Ministers haben wir davon auch ein gerütteltes Maß zu hören bekommen. Die Gegner des Freiheitsgesetzes vermieden es möglich, sich in eine sachliche Kritik über das Freiheitsgesetz einzulassen. (Vom b. d. Regierungsparteien.) Schon zu Beginn der Propaganda ist von verantwortlicher Seite der Satz gefallen, es seien Buben, die etwas derartiges beantragen. Mit allen Mitteln der persönlichen Vergebung ist von vornherein gegen das Volksbegehrten gearbeitet worden. Wenn der Außenminister in Verbindung mit dem Volksbegehrten von „Aufruhr“ gesprochen habe, so befände er sich in der Gemeinschaft von Leuten, von denen man sagen könne, in dem Hause des Reiches darüber du nicht von Aufruhr sprechen! (Sehr richtig! richtig!) Diejenigen, die als Träger des nationalen Befreiungswillens sich bekannt haben, als Verbrecher zu bezeichnen, ist in Wahrheit eine Unzumme. (Stürmische Zustimmung rechts.) Das Volksbegehrtes Gesetz ist von Anfang an als eine außenpolitische Angelegenheit gedacht gewesen, es ist aber immer mehr auch zu einer Angelegenheit der inneren Politik geworden. Die Freiheit des deutschen Volkes ist allerdings nur durch die Wirkung des gesamtpolitischen Problems des deutschen Volkes zu erreichen. Große Teile der Bevölkerung wurden bei der Erziehung des Volksbegehrten gehalten. Das ist ein Höhepunkt der angeblich freie Verfassung der Welt.

Die fanatische Gegnerschaft wendet sich nicht gegen den Wortlaut, auch nicht gegen den § 4, sondern nur dagegen, daß das Gesetz der Ausdruck einer nationalen Freiheitsbewegung ist. Wenn man nicht juristisch, sondern mit klaren Worten sich ausdrücken können, so hätte vielleicht gesagt werden müssen: die deutsche Außenpolitik, wie sie seit Erzberger eingesetzt und weitergeführt wurde, wird vom deutschen Volke abgelehnt. Die Angst davor, daß die Angreicher dieser Politik aus ihren Positionen befreit werden könnten, ist der Hauptgrund für den Kampf gegen das Volksbegehrten. (Unruhe und lebhafte Zwischenrufe b. d. Regierungsparteien.)

Der Redner wendet sich dann gegen einzelne Ausführungen des Außenministers, die wenigstens den Schein der Sachlichkeit zu wahren gesucht hatten. Die Opposition, so erklärt er, wird auf dem Gebiete der Außen- wie der Innopolitik auf das gewissenloseste geschmäht. Es ist eine Fortsetzung des deutschen Volkes, zu behaupten, das deutsche Volk habe durch das Freiheitsgesetz seine Meinung darüber, ob esfähig und willig ist, derartige schwere Kosten, die ihm zugemessen werden, zu tragen. Der größte, demagogische Widerspruch ist mit dem § 4 getrieben worden. Der Reichspräsident ist der Repräsentant des deutschen Volkes und kommt gar nicht in die Lage, solche Verträge abzuschließen, deren Abschluß mit Strafe bedroht ist. Von einer Abdankung des Führer-gebedankens kann keine Rede sein. Ein ideales Mittel sind das Volksbegehrten und der Volksentscheid zwar nicht, aber wir müssen jedes Mittel an, um die Verklarung des deutschen Volkes zu befehligen; wir wollen kein Mittel zur Erreichung dieses Ziels unversucht lassen. In den Rundfunkreden ist über die Tributpropaganda anscheinlich des Youngplans kein Wort gefragt worden. Auch auf die bemerkenswerte Rede des hervorragendsten Sachverständigen, des